Postscheckkonto: Dresden, Leipzig Nr. 1266.

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis: [illegible] Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post [illegible] 14.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Kolonel-Zeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verbindlichkeit zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefaufbewahrung 30 Pf.

Nr. 51 — Dresden, Mittwoch den 2. März 1921 — 32. Jahrg.

Ablehnung der deutschen Vorschläge

An der Grenze des Möglichen

Das Ergebnis der Verhandlungen, die jetzt in London geführt werden, wird für die Zukunft des deutschen Volkes von entscheidender Bedeutung sein. Gelingt es unsern Vertretern nicht, in London mit den Staatsmännern der Entente zu einer Einigung zu kommen, beharren die führenden Leute der Verbandsmächte auf ihrer Absicht, ihre unerfüllbaren Forderungen durchzusetzen, so bedeutet das nicht nur die wirtschaftliche Vernichtung, sondern fortwährende Störungen unserer ganzen Entwicklung, die unsre Wirtschaft zerrütten müssen. Da man dem besten Willen Deutschland nicht möglich wird, die Forderungen seiner früheren Gegner zu erfüllen, so würden diese voraussichtlich immer von neuem die angedrohten Gewaltmaßnahmen anwenden. Damit werden sie zwar ihr Ziel nicht erreichen können, aber Deutschland aufs schwerste schädigen.

Sehr verheißungsvoll war der Beginn der Londoner Verhandlungen nicht. Als Simons die deutschen Gegenvorschläge mitgeteilt hatte, gab Lloyd George zunächst eine ablehnende Antwort. Ob das nur darauf zurückzuführen ist, daß der englische Staatsmann nicht imstande war, die Bedeutung des deutschen Angebots zu erkennen, wird sich in Bälde zeigen.

Die deutschen Gegenvorschläge gehen schon sehr weit, und es sind ungewöhnliche Kraftanstrengungen werden es dem deutschen Volke ermöglichen, die Verpflichtungen, die nach den Vorschlägen Deutschland auf sich nehmen will, zu erfüllen. Von deutscher Seite wird die Zahlung von 50 Milliarden Goldmark angeboten, die möglichst bald durch eine internationale Anleihe aufgebracht werden sollen. Die Zinsen von 50 Milliarden Mark bei 5 Prozent würden 2 Milliarden Goldmark betragen, das sind in Papiermark ausgedrückt etwa 30 bis [illegible] Milliarden Mark. Vor dem Kriege wurde unser gesamtes Volkseinkommen auf zirka 40 Milliarden Goldmark geschätzt. Wie hoch es jetzt ist, läßt sich schwer etwas sagen. Wahrscheinlich wird es heute nicht viel mehr als auf die Hälfte des Vorkriegseinkommens zu schätzen sein. Eine jährliche Zinsleistung von zwei Milliarden Mark bedeutet also, daß wir unter ein Zehntel unsres so stark verminderten Volkseinkommens allein für die Zahlung der Zinsen aufwenden müssen, und dazu kommen noch die Lasten, die uns durch die Tilgung der Anleihe entstehen. Noch schwieriger als die Aufbringung der nötigen Mittel auf Kosten der Steuerzahler im Inland wird die Lösung des Problems für uns sein, wie wir die gewaltigen Summen für Verzinsung und Tilgung der Anleihe nach dem Ausland übertragen, denn wir brauchen dazu eine aktive Handelsbilanz, einen bedeutenden Ueberschuß unsrer Ausfuhr über unsre Einfuhr, während jetzt der Wert unsrer Einfuhr viel höher ist, als der Wert der Ausfuhr.

Die Erfüllung unsrer Verpflichtungen auch nur in dem von den deutschen Vertretern vorgeschlagenen Umfange wird von allen Teilen des deutschen Volkes die größten Opfer fordern. In den Kreisen unsrer Besitzenden ist allerdings die notwendige Opferwilligkeit kaum zu finden. Das zeigen die gewaltigen Kapitalverschiebungen, die aus Gründen der Steuerflucht stattgefunden haben. Das zeigen auch die Bestrebungen der Rechtsparteien, die Steuergesetzgebung zu verwässern und möglichst indirekte, die Massen belastende Steuern an die Stelle der direkten Steuern treten zu lassen. Die deutsche Arbeiterschaft ist bereit, ein angemessenes Teil an den Lasten zu tragen, die Deutschland aus seinen Schadenersatzverpflichtungen entstehen, sie hat dafür aber auch das Recht, zu verlangen, daß die Steuerkraft der Besitzenden aufs schärfste ausgenutzt wird.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets anerkannt, daß Deutschland zur Wiedergutmachung der durch den Krieg entstandenen Schäden beitragen muß. Die deutschen Arbeiter sind nicht so töricht, zu glauben, daß Deutschland allein an dem Kriege schuld sei. Sie wissen, daß in allen Ländern Kriegshetzer und Kriegsschuldige saßen. Sie wissen aber auch, daß die führenden Männer Deutschlands in den entscheidenden Wochen von 1914 in unerhört leichtfertiger Weise mit dem Geschick der Völker gespielt haben. Nur zu gut erinnern wir uns auch daran, wieviel unsre Vaterlandsparteiler und sonstige Maulhelden während des Krieges von den Lasten erzählt haben, die den andern Völkern nach dem deutschen Siege auferlegt werden sollen, und deswegen verlangen wir auch jetzt nicht, daß die siegreichen Gegner auf jede Entschädigung verzichten. Wir wollen, daß der Geist der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit zwischen den Völkern Platz greift, und gerade deshalb erscheint es uns notwendig, daß Deutschland alles, was in seinen Kräften steht, tut, um die Kriegsschäden sobald als möglich wieder gutzumachen.

Es ist aber auch unsre Pflicht, daß wir der nationalistischen Hetze, die sich jetzt wieder in Deutschland breit macht und besonders von der Deutschnationalen Volkspartei betrieben wird, aufs schärfste entgegentreten. Wie unsre Patentpatrioten während des Krieges durch ihre unsinnige Eroberungssucht viel zu dem für Deutschland so unglücklichen Ausgang des Krieges beigetragen haben, so droht jetzt das nationalistische Toben wieder die Interessen Deutschlands aufs schwerste zu schädigen. Es ist geradezu gewissenlos, wie unsre Reaktion durch ihren Widerstand gegen die Durchführung der Entwaffnung der deutschen Regierung Schwierigkeiten bereitet. Das deutsche Volk darf nicht vergessen, daß die Furcht vor Deutschland, die noch immer im Ausland besteht, eines der wesentlichsten Hindernisse der für uns so notwendigen Annäherung der Völker ist.

Wir müssen daher auch den Schein vermeiden, daß in Deutschland die Absicht bestehe, für Versailles mit den Waffen in der Hand Revanche zu nehmen. Trotz allen bitteren Erfahrungen hoffen wir Sozialdemokraten, daß der Geist der internationalen Solidarität, der vor dem Kriege in dem Proletariat aller Kulturländer Wurzel geschlagen hatte, aber durch den Krieg aufs schwerste gelitten hatte, wieder wach wird. Immer mehr müssen die Arbeiter auch in den Ententeländern erkennen, daß unter der wirtschaftlichen Zerrüttung Deutschlands auch sie schwer zu leiden haben. Durch die Arbeitslosigkeit, die schwer auf ihnen lastet, wird heute den Ententeproletariern Anschauungsunterricht darüber erteilt, wie notwendig es auch für sie ist, daß eine vernünftige Grundlage für das Zusammenarbeiten der Völker gefunden wird.

Man hat in den letzten Wochen viel von der Notwendigkeit einer nationalen Einheitsfront in Deutschland gesprochen. Gewiß ist es nötig, daß das ganze deutsche Volk in seinem Widerstand gegen die unerfüllbaren Forderungen der Entente einig ist. Aber so sehr wir diese Notwendigkeit einsehen, so darf uns das nicht hindern, den Kampf gegen alle nationalistische Hetzagitation aufs schärfste zu führen, gerade weil dieses Treiben nur zu geeignet ist, das Erstarken jenes Geistes der internationalen Solidarität zu verhindern, die allein die Welt und damit Deutschland vor den Gefahren schützen kann, die die Verblendung der Ententestaatsmänner anzurichten droht.

Eigene Drahtmeldung

London, 2. März. Der Beschluß der Alliierten, alle militärischen und juristischen Sachverständigen zu Rate zu ziehen und das Ergebnis dieser Beratungen den Deutschen mitzuteilen, kann in seiner Tragweite gar nicht überschätzt werden. Es handelt sich um die Frage, wann in Deutschland einmarschiert werden soll. Die Frage, ob dies geschehen soll, steht nicht auf der Tagesordnung. Die juristischen Sachverständigen sollen lediglich ihr Gutachten abgeben, ob nach dem Versailler Vertrag vor dem 1. Mai einmarschiert werden darf. Briand forderte, daß sofort einmarschiert werden soll. Dagegen erklärte Graf Sforza, daß eine Okkupation vor dem 1. Mai rechtlich unzulässig sei. Das Gesamtergebnis dieser Beratungen wird am Donnerstag vormittag den deutschen Delegierten mitgeteilt werden.

Das Ergebnis der gestrigen Nachmittagssitzung der Alliierten hat zu dem Beschluß geführt, keine weiteren Darlegungen über deutsche Gegenvorschläge anzuhören. Sie werden als indiskutabel betrachtet.

Die Agentur Havas meldet über den Verlauf dieser Sitzung, bei Beginn hätten Loucheur, Jaspar und Theunis eine gedrängte Kritik der deutschen Gegenvorschläge abgegeben. Sie hätten zuerst erklärt, die von den deutschen Vertretern vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 32 Milliarden Goldmark, da die Deutschen von der Summe von 50 Milliarden Goldmark, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittels einer Anleihe aufbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Zinsfuß hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei, als ein solcher von 5 Prozent.

Auch an der Abschätzung der bereits geleisteten Zahlungen hätten die vereinten Minister Kritik geübt. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Handelsschiffe auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach Alliiertenschätzungen nur 700 Millionen betrage. Die Vorschläge betreffend die internationale Anleihe hätten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland bezeichnet, wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen besonders über Oberschlesien seien als unverhüllte Verleugnung des Friedensvertrages bezeichnet worden, ebenso die Vorschläge über Leistung der Zahlungen in natura. Infolgedessen hätten die alliierten Delegierten beschlossen, über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten.

Nikita gestorben

Antibes, 2. März. Nikita, der ehemalige König von Montenegro, ist im Alter von 80 Jahren gestorben. Die Königin von Italien, seine Tochter und der König von Italien sind telegraphisch benachrichtigt worden und werden zu der Beerdigung erwartet.

Deutschlands Gegenvorschläge

Berlin, 1. März. Die in London durch den Reichsminister des Aeußern, Dr. Simons, überreichten deutschen Gegenvorschläge haben folgenden Wortlaut:

Die Pariser Beschlüsse der Alliierten vom 29. Januar 1921 sind, wie in der überreichten Denkschrift ausgeführt,

wirtschaftlich und finanziell unausführbar.

Deutschland ist jedoch bereit, bei seinen Gegenvorschlägen bis an die Grenze der Möglichkeiten zu gehen, die sich erweitern würden, wenn seine Leistungsfähigkeit sich in Zukunft wesentlich bessern wird. In dieser Hoffnung hält die deutsche Regierung die Aufstellung eines

Zahlungsplanes auf folgender Grundlage

für möglich:

a) Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuitäten mit 8 Prozent jährlich etwa über 50 Milliarden Goldmark. Eine ähnliche Ziffer ist auch in Aeußerungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrags, soweit sie auf das Reparationskonto gutzuschreiben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringerer Abzug für die Vorleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, die über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständigerweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen weitmöglichst feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem oben angegebenen Jetztwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege

internationaler Anleihe

beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den gesamten Betrag oder auch nur den größeren Teil desselben in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilmobilisierung anzustreben sein. Zu diesem Zwecke schlägt Deutschland vor, eine Anleihe in möglichst großem Umfange, etwa bis 8 Milliarden Goldmark, aufzunehmen, die möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1 bis 1½ Prozent nach 5 Jahren einsetzen. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten 5 Jahre die Zahlung einer Annuität von je 1 Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch

Sachleistungen

gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Bestellern eingeführt werden.

Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem

Wiederaufbau der zerstörten Gebiete

mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch die interalliierte Anleihe oder anderweit gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Gegen diese Zinsen kommen bis zum 1. Mai 1926 die oben erwähnten Annuitäten von je 1 Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Zinsbetrag, der hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, die nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleibt vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der interalliierten Anleihe aufgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene

12prozentige Abgabe

von der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

c) Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Teil 8 Abschnitt 1 nebst Anlagen und Teil 9 des Vertrages von Versailles sind als abgegolten anzusehen. Das gleiche gilt von der Hergabe des Erlöses für zerstörtes Kriegsgerät, Artikel 169, und von der sich aus Teil 10 ergebenden Verpflichtung Deutschlands, die Liquidation und Zurückbehaltung des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Unberührt bleiben die Verpflichtungen Deutschlands zur Restitution aus Artikel 238. Es besteht Einverständnis darüber, daß die Veräußerung des Artikels 431 des Vertrages von Versailles als eingetreten gilt, sobald der genannte zu a festgesetzte Betrag bezahlt ist.

Voraussetzung

für die vorstehenden Vorschläge ist:

1. daß die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland belassen wird.

2. daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Den Verlauf der Sitzung, an der zum erstenmal auch unsre Delegierten teilnahmen, schildert folgender amtlicher Bericht:

London, 1. März. Heute vormittag 11½ Uhr fand in Lancaster-House die erste Vollsitzung der Konferenz statt, an der außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Abordnung teilnahmen. Von der deutschen Abordnung waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann und Schroeder, Ministerialdirektor von Simson und v. Le Suire und Generalsekretär Arnold [illegible] anwesend, ferner der Botschafter Sthamer. Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Wiederherstellungsfrage zu besprechen. Reichsminister Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Wiederherstellungsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich annehmbar seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte. Dr. Simons gab sodann einen Ueberblick über die deutschen Gegenvorschläge. Lloyd George bemerkte, namens der Verbündeten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Bedürfnisse der Lage in

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210302/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG